

**Eil-Resolution des Zentralrats anlässlich des  
63. Kongresses  
der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen  
in Leuwarden / Niederlande  
29.06.2018**

Bremeneckgasse 2  
69117 Heidelberg

Fon: 06221 – 9811-01  
Fax: 06221 – 9811-90

zentralrat@sintiundroma.de  
[www.sintiundroma.de](http://www.sintiundroma.de)

**Entschließung zu der propagierten verfassungswidrigen und diskriminierenden Volkszählung von Sinti und Roma in Italien**

Die FUEV verurteilt nachdrücklich die Hassrede und den Antiziganismus des italienischen Innenministers Matteo Salvini, der die verfassungswidrige Sondererfassung von Sinti und Roma in Italien propagiert und der die Minderheit stigmatisiert und italienische Staatsbürger auf Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit auseinanderdividiert. Minister Salvini erklärte darüber hinaus seine Absicht, Roma aus Italien abzuschieben, und erklärte, dass Roma mit italienischer Staatsbürgerschaft "unglücklicherweise behalten werden müssen". Auf diese Weise stellt er die Staatsbürgerschaft der italienischen Sinti und Roma in Frage, die seit Jahrhunderten Bürger ihres Landes sind.

Die FUEV betont die Wichtigkeit der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft und den Schutz nationaler und ethnischer Minderheiten. Sie fordert daher die Italienische Republik auf, die Anerkennung und den Schutz von Sinti und Roma im Rahmen des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten zu stärken.

Die FUEV betont, dass derartige Aussagen zu Hass und Gewalt gegen Sinti und Roma aufstacheln können. Die FUEV fordert daher alle politischen Parteien in Italien und in Europa auf, die [Charta der Europäischen Parteien für eine nicht-rassistische Gesellschaft](#) zu unterstützen und zu respektieren, insbesondere während der Wahlkampagnen und vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019.

Die FUEV erinnert an ihre Resolution 2017-03 anlässlich ihrer Generalversammlung in Cluj-Napoca zu Zwangsräumungen zu wohnräumlicher Segregation sowie an ihre 2011 verabschiedete "Eisenstädter Erklärung" zur Solidarität mit den Roma. Die unmenschlichen Lebensbedingungen von etwa 25.000<sup>1</sup> Sinti und Roma in formellen und informellen Lagern in Italien sind das Ergebnis jahrzehntelanger<sup>2</sup> staatlicher Politik, die gegen europäische Werte, Gleichstellungsgesetze und Grundrechte verstößt. Die FUEV fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, in einem erneuerten europäischen Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma nach dem Jahr 2020 den Kampf gegen Antiziganismus zu priorisieren.

Die FUEV fordert die italienische Regierung, die derzeit den Vorsitz der OSZE und der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) innehat, sowie die europäischen Institutionen und EU-Mitgliedstaaten auf, die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte zu wahren. Hierfür ist es unerlässlich, dass Italien seinen eingegangenen internationalen Verpflichtungen bezüglich Menschenrechten, Minderheitenschutz und Gleichbehandlung nachkommt, sowie jegliche Form von Antiziganismus und Menschenrechtsverletzungen gegen Sinti und Roma verurteilt und sanktioniert.

---

<sup>1</sup> [http://www.21luglio.org/21luglio/wp-content/uploads/2018/06/rapporto-inglese\\_completo\\_web\\_giugno\\_interattivo.pdf](http://www.21luglio.org/21luglio/wp-content/uploads/2018/06/rapporto-inglese_completo_web_giugno_interattivo.pdf)

<sup>2</sup> [http://barabal.eu/images/The\\_situation\\_of\\_Roma\\_in\\_Italy\\_13062015.pdf](http://barabal.eu/images/The_situation_of_Roma_in_Italy_13062015.pdf)